

Veröffentlichungsdatum: 10-07-2008



Ein in der Zeitung "Dnevnik" veröffentlichter Kommentar der Direktorin des Europäischen Instituts Juliana Nikolowa

"Die Situation mit den Mitteln von den EU-Fonds in Bulgarien fing in letzter Zeit zu sehr der Situation mit den Erdölmärkten zu ähneln an - jede neuere Nachricht überschattet die vorige nach Negativismus", schreibt Nikolowa und fügt hinzu: "Mit Rücksicht auf das Risiko, dass ich bekannte Klischees wiederhole, von denen alle die Nase voll haben, würde ich sagen, dass der Ausweg von der "Erdölsituation" in unseren Händen liegt und die Lösung sehr einfach ist - es handelt sich um die Einhaltung der Regeln. Aber Einhaltung um jeden Preis und ohne Ausnahmen, sogar in der besten Absicht".

Als Beispiel führt Juliana Nikolowa die Nachricht an, dass die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die Bulgarien seit 1992 unterstützt, wird die beiden deutschen Berater schicken, der eine wird bei der Vizepremierministerin für die EU-Fonds Meglena Plugtschiewa tätig sein und der andere - im Fonds "Republikanische Straßeninfrastruktur", wenn dieser zu einer Agentur zum Ministerrat umstrukturiert wird.

Die Direktorin des Europäischen Instituts kommentierte, dass aus dieser Nachricht einige Fragen nach den Regeln entstehen: wer zahlt den Beratern? Weil die Beraterdienstleistungen teuer sind. Falls der bulgarische Haushalt zahle, sollte es nicht ein Verfahren über die Einstellung dieser Berater geben? Falls die GTZ zahle, geraten wir nicht in einen Konflikt von Interessen? Weil die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit an der Verwendung vieler Mittel aus Heranführungsinstrumenten teilgenommen hat und sollte die Ambition haben, an den Verfahren der Struktur- und Landwirtschaftsfonds teilzunehmen. Und falls die deutsche Regierung direkt zahle, wieso wurde gerade sie gewählt und wurde nicht um die Unterstützung aller 26 Mitgliedsländer gebeten und das beste Angebot gewählt?

In ihrem Kommentar empfiehlt Juliana Nikolowa, dass die staatliche Agentur "Landwirtschaft", die als Agentur SAPARD tätig ist, drei Dinge tun sollte. Erstens, alle korrekten Zahlungsempfänger über die Sperrung der Mittel zu informieren. Zweitens, von ihnen zu verlangen, eine Rechenschaft aller tatsächlichen Ausgaben zum Zeitpunkt des Beschlusses über diese Sperrung vorzulegen. Und drittens diese Ausgaben zu decken. Auf diese Weise werden die Schäden für die ordentlichen und die gewissenhaften Zahlungsempfänger minimiert mit der Rücksicht, dass das Programm SAPARD offiziell am 30. November beendet, außerdem rechnen die Zahlungsempfänger mit der Verlängerung des Programms viel weniger als der Staat. Es ist ja auch eine andere Sache, dass die Ausgaben von anderen gewissenhaften Steuerpflichtigen durch den nationalen Haushalt gezahlt werden und dass die erzielten Ergebnisse viel geringer sein werden als erwartet bei vollständiger Finanzierung.